

# Danziger Volksstimme

Organ für die werktätige Bevölkerung  
 der Freien Stadt Danzig  
 Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 10.— Mk., vierteljährlich 30.— Mk., Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Zeile 3.— Mk. von auswärts 4.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsangelegen nach bel. Tarif, die 3-spaltige Anzeigenzeile 2.— Mk. von auswärts 3.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postfachnummer Danzig 2045. Expeditor: Am Spandhaus 6. — Telefon 2280.

Nr. 62

Dienstag, den 14. März 1922

13. Jahrgang

## Die Oberschlesien-Verhandlungen vor dem Abschluß.

Ueber den Gegenstand der deutsch-polnischen Verhandlungen gibt das Völkerbundsekretariat folgende Mitteilung aus: Zu unserer letzten Meldung wird uns bestätigt, daß die Abordnungen der beiden Länder eine Denkschrift überreicht haben, in der die noch offenen Streitfragen zusammengefaßt werden. Es handelt sich um folgende Punkte: 1. Die Diskussion des deutschen Westtes und der deutschen Interessen in dem an Polen fallenden Teil Oberschlesiens. 2. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen Deutschland und Polen über die Anwendung des Artikels 256 des Versailler Friedensvertrages auf den polnischen Teil Oberschlesiens (Uebergang des Westtes des preussischen Staates und des Reiches an Polen). 3. Gewisse Fragen aus der Unterkommission 11 (Ministerberichtsamt) und die Frage des Verkehrs über Kreuzburg. Diese drei Kategorien von Fragen sowie gewisse Meinungsverschiedenheiten, die sich ebenfalls noch ergeben können, sind durch den Präsidenten entweder durch Vermittlung oder Schiedsspruch zu lösen. Die Besprechungen über alle diese Fragen sind noch im Gange, so daß jederzeit die Möglichkeit einer unmittelbaren Verständigung zwischen den Bevollmächtigten besteht, was ein Eingreifen des Präsidenten überflüssig machen würde.

Zu den Streitfällen, die erledigt sind und keines Schiedsspruches mehr bedürfen, gehört auch die Frage der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen, die bekanntlich Gegenstand besonders eingehender Verhandlungen war. Die Meinungsverschiedenheiten lagen vor allem in dem Fortbestehen des Zusammenhanges zwischen den Gewerkschaften im abgetretenen Gebiet und ihren Zentralen. Diese Frage ist nun, in Verbindung mit anderen Problemen des Arbeiterrechts, in einer für beide Teile annehmbaren Form gelöst worden, welche die wesentlichen Lebensinteressen der Arbeiter des politisch werdenden Teiles Oberschlesiens wahr.

## Die Uebernahme durch Polen am 1. Mai.

Die Polen treffen Vorbereitungen zur Uebernahme der Verwaltung. Alle Vorbereitungen für die Unterbringung der notwendigen polnischen Staatsbeamten deuten auf die Uebernahme am 1. Mai hin. Am Sonnabend verhinderten die Polen die Fortschaffung eines Teiles der Akten des Knappschaftsvereins nach Beuthen. Die interalliierte Kommission schritt ein und verhinderte den Umzug. Die Aktenchränke wurden versiegelt.

## Ein aufgehobenes Schandurteil.

Die Strafsache gegen den Reformpädagogen Dr. Gustav Wynedek, der am 30. August vorigen Jahres vom Landgericht in Rudolstadt wegen Sittlichkeitsverbrechens zu einem Jahre Gefängnis verurteilt wurde, beschäftigte heute das Reichsgericht. Auf die Revision des Verurteilten hob das Reichsgericht das Urteil auf und verwies es an das Landgericht zurück, da weder vor Verkündung des Beschlusses auf Ausschluß der Öffentlichkeit noch während der Verkündung der Urteilsbegründung die Verteidiger des Angeklagten gehört worden waren.

Wynedek, der sich als Schulreformer bei den Reaktionen und Mordern stark verhaßt gemacht hatte, war auf die Aussage eines Schülers hin zu der ungeheuerlichen Strafe verurteilt worden.

## Hohenzollern-Skandale.

Die bürgerlichen Zeitungen bringen nach englisch-amerikanischen Blättern Mitteilungen über eine Ehescheidungsaffäre, in der Eitel Friedrich von Hohenzollern, der seit seinem Kapitalverschleppungsprozeß im Volksmund den Namen „Eitel Schieberich“ führt, und seine Frau, die aus dem Hause Oldenburg stammt, eine wenig beneidenswerte Rolle spielen. Darnach soll die Frau Eitel Friedrichs mit einem Freiherrn v. Plethenberg Ehebruch getrieben

haben. An sich interessieren derartige familiäre Angelegenheiten uns und die Öffentlichkeit herzlich wenig. Solche Liebeshändel kommen ja in allen Schichten des Volkes vor. In diesem besonderen Falle bietet sich das eine Neue, daß vor den bürgerlichen Gerichten der Orlenschein des „angestammten Herrscherhauses“ herabgerissen und diese Menschen in ihrer Nacktheit gezeigt werden. Eitel Friedrich gilt als der Vertreter seines Vaters in Deutschland. Er bildet den Mittelpunkt der monarchischen Konspirationen, nachdem selbst sein älterer Bruder von diesen öffentlich abgerückt ist. Der ganze Prozeß wirft allerdings ein besonderes Licht auf die sittlichen Auffassungen jener Kreise, die man auch heute noch magt, dem deutschen Volke als stitliche Musterbilder vorzuführen. Es beleuchtet außerdem auch das „stitliche Recht“, mit dem der Freund Grublers das Kind seiner Schwägerin aus Anhalt trotz aller Gerichtsbeschlüsse widerrechtlich bei sich zu behalten suchte, weil er dieser Schwägerin ähnliche Verfehlungen nachsagt, wie sie hier von seiner eigenen Frau berichtet werden.

Seit die Hohenzollern im großen Zusammenbruch von ihren Rathurnen gestolpert sind, können sie die Welt augenscheinlich nur noch durch Skandalgeschichten interessieren.

## Maiaufruf der Gewerkschaftsinternationale.

Der „Vorwärts“ veröffentlicht einen Aufruf des Bureaus des internationalen Gewerkschaftsbundes zum 1. Mai. Der Aufruf stellt nach einer Kritik des Versailler Friedensvertrages, der zu den alten Ursachen der Zwietracht neue hinzugefügt und das wirtschaftliche Gleichgewicht vollkommen zerstört habe, zum Zweck der Sanierung und Reorganisation der Wirtschaft folgende Forderungen auf: Planmäßige Verteilung der Rohstoffe, Stabilisierung der Geldwerte, Sozialisierung von Grund und Boden und der Produktionsmittel. Der Aufruf fordert die Arbeiter der Welt auf, auf den Sieg des Internationalismus hinzuwirken und am 1. Mai durch Demonstrationsversammlungen die Macht und Solidarität der Arbeit zu bezeugen.

## Englands Abrüstung.

Der Budgetvoranschlag des Meeres für das am 1. April beginnende Finanzjahr beträgt 62 300 000 Pfund Sterling gegenüber 97 714 000 Pfund Sterling für das Finanzjahr 1921/22. In dem Entwurf ist ein Personal von 152 000 Mann vorgezogen. Im Marinebudget sind Ausgaben in Höhe von 64 883 700 Pfund Sterling und ein Personal von 98 500 Mann vorgezogen. Von den 20 Großkampfschiffen, die nach dem Washingtoner Vertrag außer Dienst zu setzen sind, sind neun ausrangiert. Ferner ist die Zahl der Torpedoboote bereits beträchtlich vermindert worden.

## Einigung in der Beamtenbesoldung.

Die Verhandlungen mit den Bevollmächtigten der gewerkschaftlichen Organisationen über die Beamtenbesoldung im Reichsfinanzministerium haben, vorbehaltlich der Zustimmung des Reichsrats und des Reichstages, in den frühen Morgenstunden des Sonntags zu einer Einigung geführt und werden bezüglich der Arbeiter und Angestellten am Montag fortgesetzt.

## Zuchthausurteil wegen Landesverrats.

Wegen Landesverrats wurden vom Volksgericht in München der Schriftsteller Rudolf aus Dachau zu 15 Jahren Zuchthaus und der Ingenieur Franz Sembberger aus Erding zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt. Den beiden Angeklagten wurden außerdem auf 10 Jahre die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt.

## Bombenattentat in Sofia.

Sonnabend abend um 8 Uhr warf ein Unbekannter gegen das Gebäude der amerikanischen Gesandtschaft eine Bombe. Die Explosion verursachte nur unbedeutenden Sachschaden. Der Ministerrat hat dem amerikanischen Gesandten in Sofia wegen des Bombenfalls sein Bedauern ausgesprochen.

## Die Konferenz von Genua endgültig am 10. April.

Den Zeitungen zufolge ist auf Grund zustimmender Mitteilungen der beteiligten Regierungen die Genuaer Konferenz endgültig auf den 10. April festgesetzt worden.

## Metallarbeiterstreik in Augsburg.

In Augsburg ist gestern in einer Versammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes einstimmig beschlossen worden, am Mittwoch in den Streik zu treten. Zuerst sollen die zwei großen Betriebe der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg und der Maschinen- und Bronzefabrik Riedinger zusammen mit 6000 Mann Belegschaft die Arbeit niederlegen. Die Mitglieder des christlichen Metallarbeiterverbandes und des Gewerksvereins deutscher Metallarbeiter sollen sich ebenfalls an dem Streik beteiligen.

## Die Metallarbeiterausperrung in England.

Den Londoner Blättern zufolge sind infolge der am Sonnabend begonnenen Aussperrung in der Maschinenindustrie 400 000 Arbeiter erwerbslos geworden.

## Die englischen Parteien.

Der britische Staat durchlebt eine Krise, deren Ausgang für die weitere Entwicklung Deutschlands wesentlich genug ist, um den Leser über die wichtigsten Begleiterscheinungen zu informieren. In Gegenwart und Zukunft können außenpolitische Fragen nicht eingehend genug behandelt werden, unendlich viel bleibt nachzuholen, damit längst Verfaßtes auf diesem Gebiete wieder wettgemacht wird.

Drei Hauptparteien spielen jetzt im politischen Leben Englands eine Rolle: die Konservativen, die Liberalen und die Arbeiterpartei. Die Liberalen sind gegenwärtig gespalten. Die größere Hälfte von ihnen bildet mit den Konservativen die Regierungskoalition, an deren Spitze Lloyd George steht. 1918 bestand diese Koalition in der Wahl ihre Feuertaube. Wie geschickt Lloyd George mit diesem Blod die große Rolle der englischen Politik weiter verfolgte, die nach den Drogen der brutalen Gewalt wie gewöhnlich auf die Verständigung lossteuerte, braucht nicht besonders betont zu werden. Innenpolitisch war Lloyd George dafür vollkommen auf die Privatwirtschaft eingestellt und zu keiner Konzeption an die Gemeinwirtschaft bereit. Er stand dazu in solch hohem Ansehen bei dem linken Flügel der Liberalen, daß er sich immer auf das Parlament verlassen konnte. Die Opposition ist ihm deshalb nie gefährlich geworden. Der Gegner entstand im Lager der Koalition. Es waren die extremen Konservativen, unverantwortliche Schreihälse, die durch ihren Einseitigkeit Younger gegen ihr bestes, so daß Lloyd George glaubte, die Vertrauensfrage stellen zu müssen.

Wie steht es nun mit den englischen Parteien? Die Entwicklung scheint dahin zu gehen, daß künftig die Liberalen verschwinden. Der rechte Flügel, der schon in der Koalition mit den Konservativen regiert, wird ganz zu den Konservativen übergehen, und der linke Flügel, die Radikalen, werden sich der Arbeiterpartei anschließen, so daß letzten Endes wieder zwei große Parteien vorhanden sind.

Diese Entwicklung wird begünstigt durch die Eigenart der englischen Parteien, die eigentlich niemals Programme gehabt haben. Vielmehr waren es immer die Forderungen des Augenblicks, die die Politik einer Partei bestimmten. Daher erhält man bessere Kenntnisse über Parteiziele aus den öffentlichen Reden der Führer, als aus den Parteiprogrammen. Der Weltkrieg und die europäische Krise haben auch der Politik dieser Parteien neue Ziele gewiesen, und es lohnt sich darum, ihre gegenwärtigen Programme zusammengefaßt wiederzugeben:

1. Die Konservativen. Wirtschaftlich erstreben sie freie Wirtschaft, Privateigentum an den Produktionsmitteln, Bezahlung der Löhne nach Angebot und Nachfrage. Sie neigen dazu, Streiks und Bestrebungen auf









